

27. September - Wählen gehen !



Nach dem "erfolgreichen" Misstrauensvotum gegen Ministerpräsident Peter Harry Carstensen Ende Juli und der damit verbundenen Auflösung des Landtages stehen nun vorzeitig am 27. September Landtagswahlen in Schleswig-Holstein bevor. Dies nahm die GdP zum Anlass, die zuletzt im Landtag vertretenen Parteien noch vor der Sommerpause mit Beginn des Wahlkampfes kurzfristig in drei Fragen zur Situation und zur weiteren Entwicklung der Landespolizei zu befragen. Die Antworten werden in Folge von drei Flyern veröffentlicht. Das Ganze kann aber auch in der September-Ausgabe der Deutschen Polizei nachgelesen werden.

Frage:

Nicht nur bei geschlossenen Einsätzen, sondern verstärkt auch im typischen "Polizeialltag" zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte. Allein 2008 registrierte die Landespolizei 613 Widerstandshandlungen, mit denen zum Teil körperliche Verletzungen der Beamtinnen und Beamten einhergingen. Wofür stehen Sie, um diese Situation zu beheben?

Die gestiegene Gewaltbereitschaft gegenüber Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten erfordert aus Sicht der CDU konsequentes Handeln. Nach unseren Erkenntnissen ist die Zahl der verbalen und körperlichen Attacken auf Polizisten in Schleswig-Holstein von 2006 bis 2008 um 80 % gestiegen. Es geht aus Sicht der CDU darum, Rechtsbewusstsein zu schaffen und Recht durchzusetzen. Wir erteilen jeglicher weiteren Verharmlosung von Rechtsverstößen eine klare Absage. Es ist vor allem auch Aufgabe der politisch Verantwortlichen, für unsere Polizistinnen und Polizisten den Anspruch auf Wertschätzung, Fürsorge und Respekt für ihre anspruchsvollen Aufgaben durchzusetzen.

Widerstandshandlungen, durch die Polizeibeamte gefährdet oder verletzt werden, können bereits mit bis zu 5 Jahren bestraft werden und Angriffe mit Molotowcocktails werden als versuchter Mord eingestuft. Meiner Meinung nach besteht hier nicht wirklich eine Rechts- sondern gegebenenfalls ein Vollzugsdefizit. Für eine wirksame Strafverfolgung setzen wir uns energisch ein. Eine Verschärfung des Rechts hätte hingegen eher symbolischen Charakter und bringt nach unserer Auffassung wenig für die Betroffenen. Wichtiger ist eine gute Ausbildung, eine gute Ausrüstung und ein gesellschaftliches Klima, das Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten nicht toleriert.

Die Gewalt gegen Polizeibeamte hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Wurden im Jahr 2006 noch 398 Widerstandshandlungen gegen Polizisten registriert, so waren es in 2008 bereits 713 erfasste Fälle. Im Wesentlichen handelt es sich um eine gesellschaftliche Entwicklung und Ausdruck einer „Anti-Staat-Haltung“ die auch gesellschaftspolitisch zu lösen ist. Dabei trifft es bei einer entsprechenden Widerstandshandlung nicht den Staat, sondern eine Mitbürgerin/einen Mitbürger in Uniform. Dies muss in der Öffentlichkeit stärker sensibilisiert werden. Die Nachsorge insbesondere nach Gewalteinsetzten muss aus Sicht der FDP verbessert werden.

Die zunehmende Gewalt ist aus unserer Sicht Folge der zunehmenden sozialen Spaltung und der mangelnden Integration in den Arbeitsmarkt. Das betrifft vor allem junge Menschen unter 25 – besonders auch aus Einwanderfamilien. Wir setzen uns deshalb mit neuen Konzepten dafür ein, dass alle Jugendlichen eine Berufsausbildung bekommen und so auch die Integration von Jugendlichen aus Einwanderfamilien deutlich verbessert wird. Ein zweiter wichtiger Faktor ist das Bild der Polizei, das vor allem durch die Ausbildung und Weiterbildung geprägt wird. Eine Polizei, die zumindest von vielen BürgerInnen tatsächlich als „Freund und Helfer“ angesehen wird, trägt dazu bei, dass zumindest teilweise weniger Gewalt gegen Polizei ausgeübt wird.

Der SSW sieht das Problem der zunehmenden Widerstandshandlungen gegen Polizistinnen und Polizisten und hat daher bereits im Herbst 2008 eine entsprechende Kleine Anfrage „Strafanzeigen wegen Beleidigung, Körperverletzung und Widerstandsdelikte durch Beamte der Landespolizei“ an die Landesregierung gestellt. Aus der Beantwortung dieser Kleinen Anfrage geht hervor, dass die Landesregierung in diesem Bereich keinen Handlungsbedarf sieht. Der SSW teilt die Auffassung der Landesregierung nicht, sieht aber auch keine einfache Lösung dieses Problems. Jeder verletzte Polizist ist dennoch einer zu viel. Aus Sicht des SSW muss bei der Gewalt gegen Polizeibeamte und entsprechenden Lösungen unterschieden werden

Wir werden für eine konsequente Geltendmachung der Strafanprüche des Staates sorgen, wenn Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte im Rahmen ihrer beruflichen Aufgabenerfüllung für die Allgemeinheit zur Zielscheibe von Gewalt werden.

Dazu gehört geschultes Personal, die Förderung der Anerkennung psychischer Erkrankungen, um nur zwei Beispiele zu nennen. Aus Sicht der FDP gehört aber zur präventiven Gewaltbekämpfung gegen Polizeibeamtinnen und –beamte eine sichtbare Präsenz. Zentralisierungsgedanken und ein Rückzug aus der Fläche sind hier kontraproduktiv.

In dieser Hinsicht ist die Ausbildung in Schleswig-Holstein bundesweit vorbildlich, wie mir immer wieder berichtet wird. Daran solle festgehalten und weitergearbeitet werden.

Für die betroffenen Polizisten ist es auch wichtig, dass insbesondere für die regelmäßig von Gewaltsituationen betroffenen Beamten eine Supervision sichergestellt wird, damit die Vorfälle aufgearbeitet werden können und nicht dazu führen, dass die PolizistInnen auf sich allein gestellt bleiben.

zwischen Einzel- und Großeinsätzen der Polizei, deren Zweck die Gewalt ist (z. B. die bewusste Störung von 1. Mai-Kundgebungen, Krawallen im Schanzenviertel). Bei Einsätzen bzw. Streifenwageneinsätzen der Polizei geht es meistens um Streitsituationen zwischen Menschen, deren Auslöser der exzessive Genuss von Alkohol ist. In diesem Bereich ist es möglich, präventiv vorzugehen und an die Ursachen heranzugehen. Zweitens braucht die Polizei Schulungsangebote zu Sprache und Verhalten in diesen Konfliktfällen. Drittens, wenn die Polizisten auch mit verbalen Deeskalationsmaßnahmen nicht weiterkommen, geht es darum, die Reaktionsfähigkeit zu schulen und für eine entsprechende Ausstattung der Beamten zu sorgen. Für den SSW ist klar, dass Straftaten gegen körperliche Unversehrtheit höher als Straftaten gegen Eigentum bestraft werden müssen - eine pauschale Straferhöhung nützt hier jedoch nichts. Stattdessen müssen Täter-Opfer-Ausgleiche, Konflikttrainings und das präventive Agieren zum Ziel führen, weiterhin müssen die vorhandenen Gesetze voll ausgeschöpft werden. Bei den Großeinsätzen der Polizei, deren Zweck häufig Gewalt an sich ist, kommt man aus Sicht des SSW mit präventiven Maßnahmen nicht weiter, hier geht es um Repression und funktionsfähige Strafverfolgung. Verbesserung sieht der SSW im Bereich der Festnahmen und der Beweissicherung; gerade bei der Verurteilung nach den Gewalttaten gibt es noch Lücken. (Text leicht gekürzt)

(Anmerkung: Da das Wahlprogramm der FDP erst auf dem Landespartei-tag am 06.09.09 endgültig verabschiedet wird, ist die o.a. Antwort der derzeitige Stand der Diskussion und steht unter dem Vorbehalt des Beschlusses durch den Landespartei-tag.)